

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 01.10.2019  
Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz  
Zeit: 16:30 Uhr - 18:56 Uhr  
stellvertretender Vorsitzender: Herr Stadtrat Otto

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 15 Stadträtinnen/Stadträte  
Ist: 13 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Holger Deckwer	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen	
Frau Nadine Köhler	Vertreterin Sportjugend im Stadtsportbund Chemnitz e. V.	
Herr Karl Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	dienstlich
Herr Albert Krottenthaler	Don Bosco Jugendhaus - Vertreter katholische Gemeinde	
Frau Simone Scheffler	Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.	
Herr Peter-Joachim Wild	Stadtmission Chemnitz e. V.	

#### **Unentschuldigt**

Frau Claudia Irrgang	Vertreterin Polizeidirektion Chemnitz - Erzgebirge	
Frau Petra Thumser	Vertreterin AG Stadtteilernrat Kindertageseinrichtungen	

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Karl Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	Vertretung für Herrn Karl Kohlmann 16:35 Uhr, TOP 3.3
---------------------------	---------------------------	---

#### **stimmberechtigte Ausschussmitglieder**

Frau Christin Furtenbacher	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Kai Hähner	CDU-Ratsfraktion
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Frau Yvonne Kilian	Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)
Herr Nico Köhler	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Martin Müller	Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz
Frau MA. Katarina Seidel	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen
Herr Paul Günter Steuer	AfD-Stadtratsfraktion

Frau Dr. Sandra Zabel                      Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

**stellv. stimmberechtigte Ausschussmitglieder**

Frau Sabine Geck	Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.	Vertretung für Frau Simone Scheffler
Frau Angelika Stosius	Arbeiterwohlfahrt KV Chemnitz und Umgebung e. V.	Vertretung für Herrn Peter-Joachim Wild
Herr Andreas Töpfer	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen	Vertretung für Herrn Holger Deckwer

**beratende Ausschussmitglieder**

Herr Pfarrer Holger Bartsch	Vertreter evangelischer Kirchenbezirk Chemnitz
Ralph Burghart	Bürgermeister für Soziales, Jugend und Familie, Gesundheit, Kultur, Sport
Frau Maria Droßel	Agentur für Arbeit
Frau Gunda Georgi	Leiterin des Amtes für Jugend und Familie
Herr Karlheinz Gräwe	Vertreter Amtsgericht
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Gabriele Käschel	Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schule und Bildung
Herr Thoralf Nieke	Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte

**stellv. beratende Ausschussmitglieder**

Herr Jens Klafki	Geschäftsführer Don Bosco Burgstädt	Vertretung für Herrn Albert Krottenthaler
Herr Martin Schwarze	Präsidiumsmitglied	Vertretung für Frau Nadine Köhler

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Sylvia Hemmann	Jugendhilfeplanerin Abt. 51.1
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Frau Anette Stolp	Abteilungsleiterin 51.2
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter 51.1
Herr Henry Stöss	Sachgebietsleiter 51.51

**stellv. Ausschussvorsitzender**

Herr Maik Otto	SPD-Fraktion
----------------	--------------

**Schriftführerin**

Frau Carolin Müller	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
---------------------	----------------------------

- 
- 1            Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Otto** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 
- 2            Feststellung der Tagesordnung
- 

**Herr Stadtrat Otto** informiert, dass es sich bei TOP 3.3, Vorlage B-288/2019, nicht um eine Beschlussvorlage an den Jugendhilfeausschuss, sondern um eine

Beschlussvorlage an den Stadtrat handelt. Der Jugendhilfeausschuss gibt somit unter diesem Tagesordnungspunkt einen Empfehlungsbeschluss für den Stadtrat ab.

Des Weiteren gibt es keine Anträge zur Tagesordnung. Diese ist somit festgestellt.

---

### 3 Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss

---

- 3.1 Anerkennung des Vereins "Aufatmen-Vineyard Chemnitz e. V." als Träger der freien Jugendhilfe  
Vorlage: B-251/2019 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** führt in die Vorlage ein. Mit der Anerkennung als freier Träger waren keine finanziellen Auswirkungen verbunden. Es beinhaltet jedoch, dass ihm Rechte nach dem SGB VIII zustehen.

#### **Beschluss B-251/2019**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anerkennung des Vereins „Aufatmen-Vineyard Chemnitz e. V.“ als Träger der freien Jugendhilfe der Stadt Chemnitz.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(13 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen)**

- 3.2 Wahl der/des Vorsitzenden und deren/dessen Stellvertreter/in des Unterausschusses Jugendhilfeplanung  
Vorlage: B-255/2019 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

**Herr Stadtrat Otto** erklärt, dass bei der Wahl des Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter offen gewählt werden kann, da nur ein Wahlvorschlag vorliegt. Vorgeschlagen wird Herr Peter-Joachim Wild als Vorsitzender und Herr Martin Müller als Stellvertreter.

#### Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter des Unterausschusses Jugendhilfeplanung

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Herr Peter-Joachim Wild      Vorsitzender

**Wahlergebnis:            einstimmig bestätigt  
(13 Ja-Stimmen, 0Stimmenthaltungen)**

Herr Martin Müller            stellvertretender Vorsitzender

**Wahlergebnis:            einstimmig bestätigt  
(13 Ja-Stimmen, 0Stimmenthaltungen)**

### **Beschluss B-255/2019**

Der Jugendhilfeausschuss wählt Herrn Peter-Joachim Wild als Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung sowie dessen Stellvertreter Herr Martin Müller gemäß § 8 Absatz 2 der Satzung des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz

#### 3.3 Überplanmäßige Mittelbereitstellung 2019 zugunsten des Budgets Jugendhilfe Vorlage: B-288/2019 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

---

**Frau Georgi** führt anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich in die Vorlage ein. Sie beginnt mit einer Übersicht der die Ausgaben der Hilfe zur Erziehung ab dem Jahr 2015 bis zur Prognose 2019 zeigt. Für die Jahre 2017 und 2018 sehe man den Zwei-Jahres-Haushalt, bei dem keine neuen Planungen möglich waren. Jetzt befinde man sich wieder im ersten Jahr des Zwei-Jahres-Haushaltes. **Frau Georgi** zeigt danach die Fallzahlen zum Ende jedes Jahres, welche über die Jahre steigend seien.

**Herr Stopat (Abteilungsleiter 51.1)** erklärt anhand einer Folie die Gegenüberstellung der stationären und ambulanten Hilfen. Über ein Jahr sind jeweils Steigerungen zu verzeichnen. Er schildert, was man unter ambulanten sowie stationären Hilfen verstehe. Entgeltanpassungen insgesamt beinhalten höhere Personalkosten und Sachkosten in den Leistungsangeboten. Dabei führen vor allem die Tarifsteigerungen zu höheren Personalkosten, was man für die Jahre 2019 und 2020 berücksichtigt habe. Er führt fort, dass es trotz der Planung zu höheren Steigerungen der Entgelte bei manchen Trägern kam. **Herr Stopat** erklärt anschließend der Unterbudget Jugendhilfe von 2018 sowie das Amtsbudget.

**Herr Stöss (Sachgebietsleiter 51.51)** führt mit der Präsentation fort und geht dabei auf die Tendenzen und Entwicklungen des Unterbudgets Jugendhilfe ein. Er führt an, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen steige. Dann geht er auf die einzelnen Punkte, wie zum Beispiel die steigende Inobhutnahme von mehreren Geschwisterkindern aus Problemfamilien, ein.

**Herr Stopat** geht anschließend auf die Gründe des Mehrbedarfs 2019 ein. Dieser resultiere vor allem aus der steigenden Zunahme der Anzahl der gewährten Hilfen sowie der Anstieg der Entgelte. Er nennt genauere Gründe, wie beispielweise neue Haustarife, eine arbeitsmarktangepasste Vergütung der Fachkräfte bei den freien Trägern oder die Entgeltsteigerungen durch Erweiterungen von Qualitätsstandards. Chemnitz sei aber mit den gestiegenen Kosten nicht die einzige Stadt.

**Herr Stöss** führt die Präsentation mit den Bedingungen und Herausforderungen an die Steuerung im Amt für Jugend und Familie fort. Dabei wurden das Potential und die Herausforderungen gegenüber gestellt.

**Frau Georgi** schließt die Präsentation mit den Überlegungen zur Steuerung des Budgets der Hilfen zur Erziehung ab. Dabei könne man im Einzelfall steuern, wobei sich das Hilfeplanverfahren anbiete. Eine Qualifizierung könne durch die Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung im Allgemeinen Sozialdienst erfolgen. Das sei ein großer organisatorischer Aufwand, welcher in einem Team als Modellprojekt getestet werde. Des Weiteren wolle man ein wirkungsorientiertes Controlling, sowie einen Jugendhilfeplan 2021 - 2025 aufbauen. Begonnen werde damit am 01.01.2020. Anschließend führt Sie einige Sofortmaßnahmen an. So zum Beispiel die Gewinnung von zehn zusätzlichen Pflegefamilien, Übergabe der Fallakten der auf Dauer angelegten Hilfen nach § 33 SGB VIII an das Sachgebiet Son-

derdienste oder die Schaffung von Poollösungen an Schulen anstelle Einzelfallhelfer für Schulbegleitung. **Frau Georgi** beendet die Präsentation mit der Entwicklung der Hilfen zur Erziehung in Sachsen für die Jahre 2007 bis 2015.

**Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion)** ist über die Zahlen schockiert und fragt, wie weiter damit umgegangen werden soll. Er dankt für den Maßnahmeplan und denkt, dass dieser erfolgsversprechend sei. Er bittet darum, regelmäßig im Jugendhilfeausschuss über den aktuellen Stand und die Wirkungen zu informieren. **Herr Stadtrat Hähner** fragt zu den Entgeltverhandlungen, wann und wie diese stattfinden. Außerdem möchte er wissen, wie in den Verhandlungen die angegebenen Personalkosten geprüft werden, ob die Entgeltsätze in Euro auf Seite 3 pro Stunde zu verstehen sind, ob man eine Auflistung der 139 Leistungsangebote erhalten könne und wie die zusätzlichen pädagogischen Angebote geschaffen wurden. **Herr Stopat** antwortet, dass die in der ambulanten Pflege genannten Entgelte in Stundensätzen aufgeführt sind. Die Leistungsangebote entspringen aus den Qualitätsgesprächen mit den Trägern. **Frau Georgi** nennt ein Beispiel aus der Tabelle 4 der Vorlage und sagt, dass dieses aus der Zusammenarbeit mit dem Sozialamt entstanden ist. Somit werden auch Änderungen durch den öffentlichen Träger vorgenommen. **Herr Stopat** führt zum Komplex der Entgeltverhandlungen fort, dass dieser gesetzlich normiert sei und kein Rhythmus vorhanden ist. Nach einem Ausruf komme es nach ca. sechs Wochen zu Entgeltverhandlungen, bei dem Nachweise erbracht werden müssen. In den Verhandlungen könne man nicht kontrollieren, was der Träger in einem Jahr seinem Personal zahle. Ein Betrug konnte bisher nie festgestellt werden. Bei den 139 Leistungen handle es sich um eine Auflistung aller Angebote von allen Trägern. Der Maßnahmeplan könne in einer Vorlage geschildert werden.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** möchte wissen, ob es eine detaillierte Analyse zu den steigenden Fallzahlen gäbe. **Frau Georgi** antwortet, dass Herr Stöss die verschiedenen Gründe pauschal dargestellt habe. Eine detaillierte Auflistung könne man nicht aufzeigen.

**Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** merkt an, dass so eine Information vielleicht schon eher hätte gegeben werden müssen und bittet ebenfalls um eine regelmäßige Berichterstattung. Er möchte wissen, wie viele Einzelbetreuungen es gäbe und welche Kosten das verursache. Des Weiteren fragt **Herr Stadtrat Köhler** nach den „Problem-Stadtteilen“ und was in diesen getan werde, wer der größte Träger bei der Personalkostensteigerung sei, wann man über die Mehrkosten erfahren habe und wie die Planung der Mittel für das Jahr 2019 laufe. **Frau Georgi** antwortet, dass man nicht das erste Mal Maßnahmepläne schreibe und man im Jugendhilfeausschuss schon mehrmals über die Steuerung der Hilfen zur Erziehung berichtete. Der Jugendhilfeträger werde in der Pause genannt. In der Regel werden die Träger befragt, welche Tarifierhöhungen bekannt seien. Das werde dann auch eingeplant. In diesem Fall war es so, dass dem Träger die Tarifierhöhung nicht bekannt war. **Herr Stopat** schildert, dass man zur Erstellung des Haushaltes nicht wusste, dass der Träger im Jahr 2019 seine Tarife erhöhe. Der erklärte Mechanismus sei nur im Ergebnis von Entgeltverhandlungen möglich.

**Herr Stadtrat Köhler** fragt nach, ob das Amt die Entscheidungen treffe und dann den Stadträten sage, dass man mehr Geld benötige. Aufgabe der Stadträte sei es nämlich über die Verwendung der Mittel zu entscheiden und diese zu kontrollieren. Es wäre besser, wenn man vorher eine Information erhalte, wenn der das Amt eine Verhandlung führe.

**Herr Stopat** weist darauf hin, dass es ein Problem sei, dass die Rechnungseingän-

ge deutlich nach dem Termin eingehen. Man habe ein ausgefeiltes System der Prognose. Außerdem habe man gemerkt, dass man am 30.06.2019 eine halbwegs sichere Prognose möglich sei. Er sagt, dass man frühestmöglich informieren wollte.

**Herr Bürgermeister Burghart** erklärt, dass die steigenden Kosten in der Jugendhilfe ein generelles Thema seien, welches überall stattfindet. In der Planung kann man nur sicher das gebundene Geld der laufenden Fälle aufzeigen. Problematisch sei die Schätzung, wie viele neue Fälle es geben werde und in welche Pflegekategorie diese fallen. Man wolle eine Fach- und Ressourcenverantwortung im Allgemeinen Sozialen Dienst, um eine Transparenz zu schaffen. Um das zu schaffen, wolle man das System verbessern. Er führt fort, dass es Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes über den Umgang mit der Steuerung der Hilfen zur Erziehung gab. Man müsse davon überzeugt sein, dass das Geld an den Stellen richtig und gut eingesetzt sei. Weniger Geld bedeute nicht, dass diese Problematik nun besser sei. **Herr Bürgermeister Burghart** sagt abschließend, dass der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verschwinden gering sei.

**Herr Stöss** führt aus, dass die Einzelfallhilfen in allen Formen der Hilfen gegeben seien. Für die Einzelfallhelfer müsse man den § 35a SGB VIII betrachten, bei dem die Zahlen von 90 auf 120 Fälle gestiegen seien. Bei der Schulbegleitung müsse man den Stundenumfang betrachten. Einsparungen werden momentan mit Schulen modellhaft getestet. Als „Problem-Stadtteile“ benennt er den Sonnenberg, das Zentrum, das ehemalige Fritz-Hekckert-Wohngebiet und Hilbersdorf. Als Kriterium kann man da die sozialökonomischen Belastungsfaktoren heranziehen. Auf dem Sonnenberg habe man eine hohe Dichte an Angeboten. Von Vorteil sei dabei, wenn ein Träger mehrere Angebote biete und auf dem Sonnenberg speziell die kompakte geografische Lage.

**Herr Stopat** schildert zur Planungssicherheit der Hilfen zur Erziehung, dass man den gesamten Prozess der Entgeltverhandlungen nicht im Blick habe. Es sei notwendig eine Reihe von Hilfen in Angriff zu nehmen, welche nicht im Chemnitzer Stadtgebiet liege, da die Kapazität, die in Chemnitz vorgehalten werde, nicht ausreiche. Wer dann mit wem aus dem Umland Verhandlungen führe, wisse man erst, wenn das zuständige Jugendamt mit der Entgeltverordnung an das Chemnitzer Jugendamt herantrete. Er erklärt, dass das Jugendamt nicht in der Entgeltkommission des Landes sei, um rechtzeitig informiert zu sein und die Chemnitzer Spezifik einfließen zu lassen. Abschließend sagt **Herr Stopat**, dass viele Steuerungsprozesse in die täglich ablaufenden Prozesse integriert wurden, wodurch diese nicht so wahrgenommen werden.

**Herr Stadtrat Otto** sagt, dass es sich bei den Hilfen der Erziehung um ein Dauerthema handle und schon viel dafür getan wurde. So fand zum Beispiel eine Untersuchung der technischen Universität oder der Runde Tisch Jugendhilfe statt. Die Entwicklung der Zahlen sei zwar unbefriedigend aber mit dem Haushalt noch zu stemmen.

**Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** dankt für die Vorlage und die umfangreiche Präsentation. Sie führt aus, dass man Abläufe verbessern und präventive Angebote ausbauen müsse. Wichtig sei außerdem das Thema Qualifizierung. Vielleicht könne man Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort vorhalten. **Frau Stadträtin Furtenbacher** fragt, ob man wisse, wann oder ob sich die finanzielle Lücke bei den Entgelten zwischen öffentlichen und freien Trägern schließe und ob man das besser in den Haushalt einstellen könne. **Herr Stopat** entgegnet, dass es keine Studie zu diesem Thema gäbe. Das hänge mit der Trägervielfalt zusammen und dass man sich nicht nur nach der

Jugendhilfe richten kann. Diese Komponenten könne man schwer in eine Formel einfließen lassen. Außerdem steige der Tarifvertrag auch stetig im öffentlichen Dienst. Man werde auch in zukünftigen Planungen davon ausgehen, dass die freien Träger an dem Abbau des Abstandes arbeiten werden.

**Frau Georgi** sagt, dass sich das Amt vorgenommen haben, dass die Planung des Budgets und die damit verbundene Absprache mit den Trägern besser werden müsse. Das führe dazu, dass man nicht mehr so flexibel sein kann. Bei einem Zwei-Jahres-Haushalt werde das auch noch schwieriger.

**Frau Stadträtin Furtenbacher** fragt, ob man eine komplexere Herangehensweise möglich sei. **Frau Georgi** antwortet, dass man im Bereich der Jugendhilfe die Tarifsteigerungen, von denen man wisse, in der Planung habe. Tarife haben obere Priorität.

**Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** bedankt sich für die ausführliche Einführung in die Thematik. Sie fragt zur Sleep-In-Stelle, welche aus der Umstrukturierung des Kinder- und Jugendnotdienstes entwickelt wurde. **Frau Stadträtin Dr. Zabel** möchte wissen, ob der Bedarf nicht mehr gegeben sei, ob das Projekt nun endgültig nicht mehr durchgeführt und was mit dem Grundsatzbeschluss werde. **Frau Georgi** sagt, dass der Grundsatzbeschluss B-081/2019 aufgehoben werden müsse. Man werde von dem Projekt nicht nur aus finanziellen Gründen absehen, sondern auch aus pädagogischen Gründen. Die Sleep-In-Stelle sollte ursprünglich zu der Beratungsstelle in der Bahnhofsstraße ziehen. Für diese wurde aber der Mietvertrag gekündigt, wodurch auch die Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung standen. Der Träger hat dann für beide Stellen neue Räume, gemeinsam mit der Verwaltung über Monate, gesucht. Es standen jedoch keine neuen gemeinsamen Räumlichkeiten zur Verfügung. Der Träger habe schlussendlich in der Dresdner Straße eine Räumlichkeit nur für die Sleep-In-Stelle gefunden. Dafür liegen aber erhebliche pädagogische Bedenken vor, da man nicht nur eine Übernachtungsmöglichkeit für die Jugendlichen habe. **Frau Georgi** führt fort, dass man außerdem kein Objekt habe, mit einer Mietvertragsdauer unter fünf Jahren. Des Weiteren wären in der Dresdner Straße erhebliche Umbaumaßnahmen nötig gewesen, welche auf die Miete umgelegt worden wären. Aus diesen Gründen habe man im Einvernehmen mit dem Träger unter Abwägung aller Faktoren gemeinsam entschieden, dass man sich von dem Vorhaben verabschiede. Mit den Fällen, die man habe, werde man nach Möglichkeiten mit der pädagogischen Einzelbetreuung suchen. Diesen Vorschlag könne man diskutieren. Sie erklärt nochmal das Konzept der Sleep-In-Stelle. Diese war eine Schutzstelle für Jugendliche von 14 bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Das war für Jugendliche gedacht, die die Angebote des Kinder- und Jugendnotdienstes nicht in Anspruch nehmen.

**Herr Töpfer (solaris Förderzentrum)** zeigt sich schockiert über die Fallzahlen. Er fragt, was auch mit anderen Ämtern getan werde, um diesen Anstieg abzubremsen, ob eine Analyse der Risikogruppen durchgeführt werde und ob es städteplanerische Überlegungen gäbe, damit die Konzentration nicht auf bestimmten Stadtteilen liege. **Herr Bürgermeister Burghart** antwortet zu der Frage der städteplanerischen Überlegungen, dass sich die SGB II-Quoten nicht nur auf zwei Stadtteile konzentrieren. Für eine sozialräumliche Analyse ist aber die SGB II-Quote kein alleiniger Faktor. Wichtig sei Transparenz im System der Kita-Plätze, damit man nicht nur Konzentrationen in kommunalen Kitas habe. Zu den Risikogruppen schildert er, dass es das Netzwerk „Frühe Hilfen“ gäbe, welches den Eltern Unterstützung anbiete. Es gehe darum, dass der Gesamtprozess stimmig sein soll. Um mehr Transparenz zu schaffen, werden Neuerungen in der Software vorgenommen.

**Herr Töpfer** möchte wissen, ob die Fallzahlen zukünftig weiter steigen werden. **Herr Bürgermeister Burghart** entgegnet, dass man das nicht prognostizieren könne. Ziel sei aber nicht die Reduzierung der Fallzahlen, sondern die Schaffung von Transparenz und wirksamen Maßnahmen.

**Herr Stadtrat Köhler** bittet darum, eine andere Finanzierungsquelle für die Josephinen Oberschule zu suchen, um die Mittel für Ausstattung der Schule sicher zu haben. **Herr Bürgermeister Burghart** sagt, dass man das aus haushälterischer Sicht betrachten müsse. Das bedeute nicht, dass die Ausstattung für die Schule nicht komme, da es sich um eine Verschiebung der Wahrnehmung des Budgets in den jeweiligen Haushaltsjahren handle.

**Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion)** möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit den Schulen bei „Schulverweigerer“ sei und ob es dazu Zahlen gibt. Des Weiteren fragt sie, was mit den Schülern geschehe, die tagsüber angetroffen werden. Früher habe es dafür Jugendschutzstreifen gegeben. Außerdem möchte **Frau Stadträtin Kempe** wissen, wie der Übergang von Kita zu Schule laufe, wenn Auffälligkeiten bei Kindern festgestellt werden.

**Herr Stadtrat Kohlmann** bittet darum, dass man bei dem Thema der Vorlage bleibe. **Herr Stadtrat Otto** sagt als Vorsitzender, dass er noch die zwei Sprecher auf der Rednerliste zu Wort kommen lasse. Wenn es mehr Diskussionsbedarf zu diesem Thema gäbe, könne man das auch im Unterausschuss Jugendhilfeplanung ansprechen.

**Herr Bürgermeister Burghart** stimmt Frau Kempe zu. Derzeit habe die Verwaltung das Thema Bildungsmonitoring in Arbeit, bei dem man sich mit diesen Fragen befassen werde. Ebenso werde das Thema Schulabstinz in einer Arbeitsgruppe ämterübergreifend besprochen.

**Herr Gräwe (Amtsgericht Chemnitz)** spricht zur Sleep-In-Stelle. Dort wären die Jugendlichen betroffen gewesen, die oft bei Gericht erscheinen müssen. Man solle sich Alternativen zu diesem Projekt überlegen, da die Kosten, die durch die Straftaten entstehen, höher seien, als das, was man für eine mögliche Alternative ausgeben müsse.

**Herr Stadtrat Hähner** sagt zu den Tarifierhöhungen, dass man den Schluss einer möglichen Lücke nicht voraussehen könne. Einige Träger werden diese vielleicht auch nie schließen können. Er bittet darum bei der Planung mehr als vier Prozent für die Tarifsteigerung anzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage Nr. B-288/2019 einstimmig (13 Ja-Stimmen, 1 Stimmenenthaltung) zu und empfiehlt dem Stadtrat, die Beschlussvorlage zu beschließen.

.

---

#### 4 Verschiedenes

---

##### 4.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

**Frau Spindler (Kinder- und Jugendbeauftragte)** sagt, dass am 04.11.2019 eine Grundschulkonferenz stattfindet. Dazu kann sie den interessierten Fraktionen nähere Informationen zukommen lassen.



4.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

**Frau Stadträtin Kempe** bittet darum, dass die Parksituation an der Kita „Am Feldschlößchen“ nochmals betrachtet wird, da keine Parkmöglichkeiten für die Eltern vorhanden sind.

**Herr Stadtrat Hähner** fragt, ob die Hilfen zur Erziehung in den Zuwendungsberichten inkludiert seien. **Herr Stopat** antwortet, dass diese nicht enthalten sind, da es sich nicht um Zuwendungen an die freien Träger handle.

5 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadtratsmitglieder Herr Hähner (CDU-Fraktion) und Herr Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bestimmt.

\* \* \*

**Der stellv. Vorsitzende Herr Otto** schließt die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

17.10.2019 *M. Otto*  
Datum Otto  
stellv. Vorsitzender  
des Ausschusses

22.10.2019 *Hähner*  
Datum Hähner  
Mitglied  
des Ausschusses

21.10.2019 *Köhler*  
Datum Köhler  
Mitglied  
des Ausschusses

15.10.2019 *Müller*  
Datum Müller  
Schriftführerin